

Interview mit Gisela Cañas Uribe, Menschenrechtsverteidigerin der ökumenischen Kommission für Frieden und Gerechtigkeit (CIJP) in Urabá

Für PBI-Schweiz: Aline Scherz



Gisela Cañas Uribe ist eine kolumbianische Anwältin und engagiert sich in der Kommission für Frieden und Gerechtigkeit (Comisión Intereclesial de Justicia y Paz CIJP). Die CIJP setzt sich auf der Basis von internationalem Völkerrecht und mit dem evangelischen Prinzip der Menschenwürde für die Rechte der AfrokolumbianerInnen, Mestizen und Indigenen ein, die in den Zonen des bewaffneten Konflikts auf friedliche Weise versuchen, ihre Menschenrechte zu wahren. Die 47 Mitarbeitenden von CIJP beraten die Opfer des bewaffneten Konflikts in juristischen und pädagogischen Fragen, bieten ihnen psychologischen Beistand und unterstützen sie im Streben nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung und auf der Suche nach politischen Lösungen, die der Gewalt ein Ende bereiten können.

PBI-Schweiz (PBI): Gisela, du arbeitest für die CIJP. Die Mitarbeitenden dieser Organisation begleiten Menschen, die während des bewaffneten Konflikts in Kolumbien vertrieben wurden. Was sind die Gründe für diese Vertreibungen?

Gisela Cañas (GC): Wir arbeiten mit Menschen, die vertrieben wurden oder dem Risiko ausgesetzt sind, vertrieben zu werden. Es gibt in der Region des Bajo Atrato (im Distrikt Chocó im Norden Kolumbiens) militärische und paramilitärische Gruppierungen, die verschiedenen Interessen nachgehen. Zudem gibt es das riesige ökonomische Interesse der Regierung an den grossen Erdölreserven, an Gold-, Kupfer-, Kohle- und Edelsteinvorkommen und an der Panamericana, der direkten Nord-Süd Strassenverbindung, die durch dieses Gebiet führen soll. Um diese Projekte umsetzen zu können, brauchen die Firmen Land. Die Einheimischen werden vertrieben, damit die Projekte möglichst rasch und ungestört umgesetzt werden können. Mit ihrer Lebensweise und ihrer Lebensphilosophie sind die indigenen und afroamerikanischen Gemeinden ein Hindernis für die Megaprojekte der

Regierung. Die Indigenen sind daher gezwungen, sich neu zu organisieren. Sie sind nicht einverstanden mit der Ausbeutung ihrer Umwelt durch Minen- oder Strassenbauprojekte. Es gibt lokale Leader, die einen grossen Einfluss in den Gemeinden haben und die dadurch der Regierung ein Dorn im Auge sind.

Die meisten der Vertriebenen landen in den Vororten grösserer Städte und werden zu Bettlern. Es sind Bauernfamilien, die seit Generationen ihr Land bearbeiten, jedoch kein Auskommen finden können in städtischen Gebieten. Es gibt auch Familien und ganze Gemeinden, die nicht in die Städte flüchten, sondern

sich in der Nähe ihrer Dörfer neu einrichten oder in Nachbargemeinden ziehen. So geschehen in Cacarica in den 90er Jahren: Das Dorf hat sich innerhalb des alten Territoriums neu angesiedelt und besteht nun schon seit über 10 Jahren an diesem Ort fort.



Das Dorf Cacarica

PBI: Kannst du beschreiben, welche Art von Unterstützung ihr den Menschen in ihren Dörfern bietet? Wie sieht zum Beispiel eine juristische Begleitung aus?

GC: CIJP besteht aus verschiedenen Teams, so gibt es zum Beispiel ein juristisches, ein psychologisches oder ein pädagogisches Team. Die Arbeitsgebiete sind unterschiedlich. Es gibt Gemeinden, die permanent begleitet werden, das heisst es lebt ständig eine Person von CIJP mit den Menschen in ihrem Dorf. Ich arbeite für das juristische Team und habe somit zum Beispiel mit rechtlichen Verfahren gegen Einheimische zu tun, die angeklagt wurden, weil sie ihr Dorf nicht verlassen wollten. Es gibt auch immer wieder strafrechtliche Verfolgungen, weil jemandem aus einer Indigenengemeinde vorgeworfen wird, mit der FARC zu kooperieren, oder gar einer der Kommandante der FARC zu sein. Diese Anklagen sind lächerlich, denn wie soll ein 70-jähriger Bauer oder ein Vater von 13 Kindern FARC-Kommandant sein? Bei diesen Anklagen handelt es sich um Versuche, die Menschen einzuschüchtern und Zwietracht innerhalb der Gemeinden zu säen. Für CIJP ist es möglich, sich im Bajo Atrato aufzuhalten, da eine gewisse Duldung seitens der Regierung besteht.

PBI: Was treffen die Familien an, die zurückkehren? Wie können sie in ihren Dörfern leben?

GC: Sie finden meistens ihr Dorf in desolatem Zustand vor. Zum Teil sind Häuser zerstört worden, das meiste Land ist mit Ölpalmen bebaut worden oder einer Mine zum Opfer gefallen. Die Menschen müssen ganz von vorne mit der Einrichtung ihrer Gemeinden beginnen. Dies ist nicht einfach, auch die interne Organisation der Gemeinde muss wieder



Familie in Cacarica

aufgebaut werden, es braucht Regeln, welche die Indigenen neu erarbeiten müssen. Wir können ihnen zum Teil von anderen Gemeinden erzählen, die eine funktionierende Organisationsform gefunden haben und ihnen so helfen, ihr eigenes System aufzubauen. So ist beispielsweise auf der Basis der Erfahrungen, die Cacarica gemacht hat, in anderen Gemeinden einiges entwickelt worden.

Die Gemeinschaften fragen uns, wenn sie zurückkehren wollen, um Begleitung an. An einigen Orten existiert bereits eine Form der Organisation, die zum Teil auch gerade dadurch entstanden ist, dass die Menschen vertrieben worden sind und sich an einem anderen Ort neu organisieren mussten.

Die Umstände machen, dass sich die Menschen informieren müssen und dadurch ihre Situation klarer sehen. Sie interessieren und organisieren sich. Die Probleme zwingen sie dazu, sie können sich nicht mehr nur auf ihre Tätigkeiten als Bauern konzentrieren. CIJP begleitet sie dabei, informiert sie über den Kontext des Konfliktes, hilft ihnen, miteinander in Kontakt zu treten und Kontakte zur Presse herzustellen. Durch die Teilnahme an internationalen Seminaren merken die Indigenen, dass in anderen Ländern sehr ähnliche Umstände herrschen und können sich so über Strategien der betroffenen Bevölkerung informieren, um diese dann in Kolumbien selbst anzuwenden.

PBI: Welche Rolle spielen die Militärs und Paramilitärs im Leben der vertriebenen Indigenen? Wie beeinflussen diese Gruppierungen ihren Alltag?

GC: Der Staat sollte die Menschenrechte eigentlich respektieren, doch in Kolumbien nimmt der Staat seine Verantwortung nicht wahr. Er garantiert den Menschen kein Leben in Sicherheit, wenn sie in ihre Dörfer zurückkehren. Sie kehren schliesslich ohne die Unterstützung oder Zustimmung der Regierung zurück und daher sind ihre Rechte nicht garantiert. Der Staat steht zwar unter einem minimalen Druck durch die vorsorglichen Massnahmen¹, die der interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte den Gemeinden zum Teil zugesprochen hat. Es sind humanitäre Zonen, zu deren Schutz der Staat verpflichtet ist. Dies veranlasst den kolumbianischen Staat zwar nicht zu direkten Handlungen zum Schutz der Dörfer, beeinflusst jedoch indirekt die kolumbianische Politik, da der internationale Druck wächst. Ohne diesen Druck würde die Regierung solche vorsorglichen Massnahmen vollkommen unbeachtet lassen.

PBI: Du arbeitest seit vielen Jahren als Menschenrechtsverteidigerin in Kolumbien. Vor mehr als 10 Jahren hat CIJP PBI um Begleitschutz angefragt. Kannst du uns etwas über die Gründe sagen, die dazu geführt haben?

GC: Seit 11 Jahren wird CIJP von PBI begleitet. Die erste Begleitung fand in Urabá statt. In dieser Region ist CIJP sehr präsent. Die MenschenrechtsverteidigerInnen hatten zum Teil bei ihrer Arbeit grosse Schwierigkeiten und kamen auf ihrer Suche nach Unterstützung zu PBI. Die Zusammenarbeit begann in den 90er Jahren nach der «Operation Genesis» der kolumbianischen Regierung. Dies war ein äusserst schwieriger Moment und der Wunsch nach Begleitung war gross. Im Rahmen besagter Operation wurden 1997 sehr viele Menschen aus ihren Dörfern vertrieben. Einige von ihnen lebten danach jahrelang in einem Fussballstadion in Turbo. Die einzigen Organisationen, die damals präsent waren, sind PBI und CIJP.



PBI begleitet die Comisión Intereclesial de Justicia y Paz zu einer Friedensgemeinde

PBI: Kannst du uns erklären, bei welchen Aktivitäten euch PBI begleitet? Wie sieht eure Zusammenarbeit genau aus?

GC: Es gibt verschiedene Arten von Begleitung. Einerseits wird CIJP bei Besuchen in Friedensdörfern und andern Gemeinden begleitet, andererseits aber auch bei Treffen mit

¹ Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte spricht von selbst oder auf Anfrage vorsorgliche Massnahmen zu, die den betroffenen Staat dazu auffordern, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um irreparable Schäden an Personen zu verhindern.

Regierungsvertretern. In Curvaradó wurden wir bis Mai 2009 fast permanent von PBI begleitet. Von August bis Dezember 2008 machte CIJP in Curvaradó keinen Schritt ohne PBI. Vorher hatte es eine Flut von Drohanrufen gegeben und einer unserer Mitarbeiter wurde sogar festgenommen und während zwei Stunden festgehalten. Heute ist PBI noch an 25 Tagen pro Monat in Curvaradó präsent. Wir versuchen wieder, uns auch alleine zu bewegen. Damit sollen sich unsere Mitarbeitenden daran gewöhnen, dass eine permanente Begleitung nicht für immer möglich sein wird. Bei der Arbeit in Cacarica werden wir nicht immer begleitet. PBI hat dort auch eine Art Doppelmandat; einerseits begleitet PBI Mitarbeitende unserer Organisation, andererseits auch einige Leader der Gemeinschaft in Cacarica selbst.

PBI: CIJP hatte zuvor ohne den Schutz von PBI gearbeitet. Wie hat die Präsenz von PBI die Aktivitäten eurer Organisation beeinflusst?

Es wäre sehr schwer, die Arbeit ohne PBI zu machen. In unserer Region, dem Bajo Atrato, wird die Situation von sehr vielen verschiedenen Interessen beeinflusst. Die Präsenz der Gringos, wie wir die Ausländer nennen, ist sehr wichtig. Wir wissen, dass PBI selbst direkt nichts machen kann, aber die internationale Präsenz macht viel aus. Einen Gringo umzubringen hat auf internationaler Ebene viel mehr Folgen als der Mord an einem kolumbianischen Bauern. Ausländern passiert nichts, da der kolumbianische Staat sich vor den internationalen Konsequenzen fürchtet. Auch die Guerilla in diesem Gebiet akzeptiert die Präsenz der Ausländer.

PBI: Wie siehst du die Zukunft der Gemeinschaften, die in den Zonen des bewaffneten Konfliktes leben? Kannst du uns deine Einschätzungen der aktuellen Situation geben? Und wie siehst du die Zusammenarbeit mit PBI in Zukunft?

GC: Die Vision ist, dass die Gemeinschaften irgendwann alleine in ihren Dörfern leben können und nicht mehr begleitet und unterstützt werden müssen. Langsam beginnen sich die Menschen selbständiger zu organisieren. Das Problem ist, dass die Indigenen keine Perspektiven haben. Sie fühlen sich eingeschlossen und beginnen daher mit Unternehmen oder internationalen Organisationen zu kooperieren. In Curvaradó hat es nicht nur Ölpalmen sondern auch nachhaltigere

Projekte wie zum Beispiel Bananenplantagen. Das Problem sind jedoch die zerstörerischen Grossprojekte wie die Minen, die Ölbohrungen oder der Bau der Panamericana. Die Menschen haben zwar eine Vision vom



Gisela Cañas Uribe mit Günther Schudlach, ehemaliger PBI-Freiwilliger in Kolumbien

unabhängigen Leben als Bauern, sie müssen jedoch auch Geld verdienen und arbeiten deshalb zum Teil sogar für die Megaprojekte. Die Situation ist sehr kompliziert. Cacarica zum Beispiel gibt es schon seit 10 Jahren und das ist angesichts der Situation eine lange Zeit. Ein solcher Organisationsprozess einer Kleingemeinde ist nicht nur für die Gemeinden selbst wichtig, sondern auch für internationale Organisationen, für die Orte wie Cacarica ein Beispiel für den positiven Kampf der Indigenen für ihre Rechte sind. Es ist möglicherweise schon ein grosser Erfolg, wenn eine Gemeinde 10 Jahre lang überlebt. Die kleinen Gemeinden wachsen und sind ein Vorbild für Orte in anderen Regionen Kolumbiens. Es gibt andere Gemeinden, die zum Beispiel Curvaradó besuchen und sich mit den Bewohnern über ihre Erfahrungen austauschen. Es ist der Überlebensinstinkt der Indigenen der sie in ihren Dörfern ausharren lässt. Sie haben nur das, was das Land ihnen bietet. Sie wissen, dass die Straflosigkeit ein grosses Problem ist und dass die Mühlen der Justiz viel zu langsam mahlen. Sie wollen einfach ihr Land bearbeiten. Diese Menschen haben eine unglaubliche Würde.



Während des Interviews im PBI-Büro in Bern